

| | | |
|---|----------------|--|
| NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe | Gremium: | 1. Sitzung Hauptausschuss |
| | Termin: | 07. Oktober 2014, 16:30 Uhr |
| | | öffentlich |
| | Ort: | Großer Sitzungssaal des Rathauses |
| | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup |

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Einführung einer Parkschein-App

Vorlage: 2014/0108

Beschluss:

Die Verwaltung überarbeitet die Vorlage und beantwortet die bestehenden Fragen.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und übergibt das Wort an Herrn Bürgermeister Obert.

Bürgermeister Obert erläutert die Vorlage.

Stadtrat Marvi (SPD) bedankt sich für die Vorlage und ergänzt, die SPD setze sich bereits seit langem für eine automatisierte technische Lösung zur Entrichtung der Parkgebühren ein, um mit einer sinnvollen Dienstleistung die Verbraucher zu entlasten und dem Image der technologisch führenden Stadt Karlsruhe genüge zu tun. Seine Fraktion sei jedoch mit dem Vorschlag der Verwaltung nicht zufrieden.

Stadträtin Ernemann (SPD) ergänzt, man habe bei einer Antragstellung auch eine politische Verantwortung. Sie wolle nicht dass man nach Jahren sage, die Umsetzung durch die Verwaltung sei ein Flop, der nur Geld koste. Was die Verwaltung vorgelegt habe sei ein veraltetes System. Viele Städte seien von der Plattformlösung auf die registrierungsfreie Lösung umgeschwenkt, und die Nutzerquote sei auf das vierfache angesprungen. Als Beispiel nenne sie Saarbrücken. Sie habe ein Gutachten des Landesamts für Datenschutz aus Bayern, das besagt, es gebe datenschutzrechtliche Bedenken gegen diese Plattformlösung. Ihr dränge sich der Verdacht auf, die Verwaltung habe die kostengünstigste und am einfachsten umsetzbare Lösung gewählt. Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen und bitte die Verwaltung, bei den Anbietern der registrierungsfreien Lösung zu recherchieren und den Antrag zu überarbeiten. Sie könne Referenzen zeigen aus den Städten Berlin und Köln, die das registrierungsfreie System eingeführt haben. Sie habe sich auch auf dem Deutschen Städtetag mit verschiedenen Oberbürgermeistern unterhalten, wo die Städte dieses System eingeführt haben, und nur positive Resonanzen erhalten.

Stadtrat Honné (GRÜNE) bemerkt, 2011 habe keine Stadt mehr die Plattformlösung eingeführt, weshalb es ein veraltetes System sei. Die Stadträtinnen und Stadträte können dies auf Grundlage der vorliegenden Informationen nicht beurteilen. Er könne die geringen Kosten nicht nachvollziehen. Stuttgart zahle jährlich über 100.000 € für das Handyparken. Er möchte wissen, ob die Politessen von der Hard- und Software so ausgestattet seien, dass umgestellt werden könne.

Stadtrat Wohlfel (KULT) fügt an, dass die Kultfraktion ebenfalls datenschutzrechtliche bedenken habe und sich ebenfalls gegen den Vorschlag der Verwaltung ausspreche.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU) erklärt, er störe sich an dem Abgeben der Einnahmehoheit und der damit verbundenen Aufgabe, den Anbieter zusätzlich zu den Parkenden zu kontrollieren.

Der Vorsitzende entgegnet, es gebe Städte, die mit der Plattformtechnik arbeiten und keine niedrigeren Anteile am Parkverkehr hätten. Es sei aber keine umfassende Betrachtung. Man nehme die sich abzeichnende Mehrheit für ein registrierungsfreies System zur Kenntnis und werde einen gegebenenfalls modifizierten Vorschlag machen.

Er schließt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, den öffentlichen Teil der Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 16:45 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
8. Oktober 2014